S 55 AS 832/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende Abteilung 25

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Grundsicherung für Arbeitsuchende

Versagungsbescheid Anfechtungsklage Leistungsklage

maßgeblicher Zeitpunkt für die

Beurteilung der Sach- und Rechtslage

Ermessen

Ermessensfehler

Umfang der Versagung

1. Zulässig gegen einen

Versagungsbescheid ist die reine Anfechtungsklage. Dabei ist die Rechtmäßigkeit eines auf § 66 SGB I

gestützten Versagungsbescheides allein danach zu beurteilen, ob die in dieser Vorschrift geregelten Voraussetzungen bei seinem Erlass erfüllt waren; ein erst

durch eine während des

Rechtsmittelverfahrens nachgeholte Mitwirkung erbrachter Nachweis der

Anspruchsvoraussetzungen des geltend gemachten Sozialleistungsanspruchs ist

für die Entscheidung über ein Rechtsmittel gegen einen

Versagungsbescheid nach § 66 SGB I

unerheblich. 2. Wendet sich der Bürger gegen die Versagung einer Sozialleistung mangels Mitwirkung, so hat er über die Aufhebung des Versagungsbescheides hinaus regelmäßig kein schützenswertes

Interesse an einer gerichtlichen

Entscheidung. Eine Leistungsklage ist dann unzulässig. 3. Die Entscheidung

über eine Versagung nach § 66 Abs. 1 SGB I steht im Ermessen des

Leistungsträgers. Ein Ermessensfehler im

Leitsätze

Sinne eines Ermessensnichtgebrauchs kann darin bestehen, dass die Behörde Leistungen ganz versagt, ohne dies zu begründen oder eine teilweise Versagung

in Betracht zu ziehen.

Normenkette SGB I § 39 Abs. 1 Satz 1

SGB I § 60 Abs. 1 Nr. 1

SGB I § 66 Abs. 1

SGB II <u>§ 7 Abs. 3 Nr. 3</u>

SGB II § 7 Abs. 3a

SGB II § 9 Abs. 2 Satz 1 SGB II § 20 Abs. 2 Satz 1

SGB II § 20 Abs. 4

1. Instanz

Aktenzeichen S 55 AS 832/16 Datum 10.05.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 25 AS 1035/19

Datum 23.11.2021

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung des KlĤgers werden der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 10. Mai 2019 und der Bescheid des Beklagten vom 18. August 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 14. Dezember 2015 aufgehoben.

Â

Im ̸brigen wird die Berufung zurückgewiesen.

Â

Der Beklagte hat dem Kläger dessen auÃ∏ergerichtliche Kosten für den gesamten Rechtsstreit zur Hälfte zu erstatten.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand

Der KlĤger wendet sich gegen die Versagung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Â

Der 1980 geborene Kläger beantragte am 30. April 2015 nach Bezug von Arbeitslosengeld I bis zum 22. April 2015 erstmals Arbeitslosengeld II (Alg II) bei dem Beklagten. Da der Antrag nicht vollständig ausgefýIIt war, forderte der Beklagte den Kläger zu einer entsprechenden Ergänzung auf. Dieser ergänzte Antrag ging bei dem Beklagten am 26. Mai 2015 ein.

Â

Mit Schreiben vom 26. Mai 2015 forderte der Beklagte den KlĤger zur Mitwirkung bis zum 12. Juni 2015 auf. Folgende Unterlagen wýrden benötigt:

Â

- Kopie des Personalausweises,
- Meldebescheinigung, da unterschiedliche Angaben zum Umzug â
 ☐ 20.
 März 2015 oder 1. Mai 2015 â
 ☐ vorlägen,
- Bewilligungs-/Aufhebungsbescheid ýber Arbeitslosengeld I,
- Anlage VM vollständig ausgefüllt, da es nicht sein könne, dass der Kläger Kontoauszüge vorlege, gleichzeitig aber angebe, kein Konto zu besitzen,
- Angaben zu einem PKW (Versicherungsschein und KfZ-Schein), da sich den KontoauszÃ¹/₄gen Zahlungen an eine KfZ-Haftpflichtversicherung entnehmen lieÃ□en,
- Ergänzung der Kontoauszüge, da diese nicht vollständig seien; es fehlten die Auszüge 19 und 20, die Auszüge 16 und 17 seien nicht lesbar.

Â

Am 2. Juni 2015 ging bei dem Beklagten neben der Mitteilung der ̸nderung der Bankverbindung ein Bescheid der Bundesagentur für Arbeit vom 23. April 2015 über die Anspruchserschöpfung von Arbeitslosengeld I sowie eine Meldebescheinigung (Meldedatum 15. März 2015) ein; einem Telefonvermerk war zu entnehmen, dass der Kläger erklärt habe, spätestens in zwei Monaten nach B zu ziehen.

Â

Mit Schreiben vom 16. Juni 2015 erinnerte der Beklagte den Kläger an fehlende Unterlagen, namentlich die Anlage VM, Angaben zu einem PKW und die genannten Kontoauszù⁄₄ge mit Erledigungsfrist bis zum 3. Juli 2015. Der Beklagte wies den

Kläger darauf hin, dass bei unterlassener oder unvollständiger Erledigung Leistungen bis zur Nachholung der Mitwirkungshandlungen versagt werden könnten.

Â

In der Folge gingen die fehlenden KontoauszÃ 1 /4ge ein. Mit Schreiben vom 29. Juni 2015 bat der Beklagte den KlÃ 1 ger abermals, die Anlage VM vollstÃ 1 ndig auszufÃ 1 /4llen und Angaben Ã 1 /4ber einen mÃ 1 glicherweise vorhandenen PKW zu machen.

Â

Nunmehr ging bei dem Beklagten ein Schreiben der Vermieterin (Frau L) ein, dass die Mieter â□□ neben dem Kläger eine Frau Melanie K(K) â□□ seit Einzug am 15. März 2015 keine Miete bezahlen würden.

Â

Mit Schreiben vom 12. Juli 2015 erklärte der Kläger unter anderem, seinen PKW nicht zu nutzen und die KfZ-Versicherung zum 30. April 2015 gekündigt zu haben (Nachweis insoweit lag bei); das Auto werde wahrscheinlich in den nächsten Tagen verkauft. Der Kläger legte die vollständig ausgefüllte Anlage VM vor (Kontostand: â∏ 3.800,- Euro; Auto ein Opel Corsa mit Erstzulassung 2. April 1997 und Kilometerstand 190.000).

Â

Am 21. Juli 2015 telefonierten der KlĤger und eine Mitarbeiterin des Beklagten. Dabei ging es um die Frage eines Zusammenlebens des KlĤgers mit K, aber auch um den Umstand, dass zwei MietvertrĤge vorlagen. Einen vom 20. Januar 2015 hatten der KlĤger und K mit Frau L und Herrn B geschlossen. Gegenstand war ein Bauernhaus bei einer monatlichen Warmmiete von 1.640,- Euro. In einem weiteren Mietvertrag vom 12. April 2015 war als Vermieterin eine Frau F, wohl die Mutter von K, angegeben; Mieter war hiernach nur der KlĤger. Mietgegenstand hier war eine Wohnung im 3. Stock zu einer Warmmiete von 509,- Euro. Die Anschrift des Mietobjektes war in den MietvertrĤgen jeweils identisch.

Â

Mit Schreiben vom 21. Juli 2015 forderte der Beklagte den KlĤger bis zum 7. August 2015 zu nĤheren Angaben zu einem Zusammenleben mit K (Anlage VE nebst Fragebogen) und zu den konkreten WohnverhĤltnissen auf. Auch dieses Schreiben enthielt Hinweise zu einer mĶglichen Leistungsversagung fýr den Fall einer unterlassenen oder unvollstĤndigen Mitwirkung. Am 31. Juli 2015 informierte der KlĤger den Beklagten über seinen Umzug nach Berlin. Weitere ErklĤrungen machte er nicht.

Mit Bescheid vom 18. August 2015 versagte der Beklagte Leistungen ab dem 1. April 2015 ganz unter Hinweis darauf, dass der KlĤger die mit Schreiben vom 21. Juli 2015 genannten Mitwirkungshandlungen nicht erbracht habe. Grľnde, die im Rahmen der Ermessensentscheidung zu seinen Gunsten berļcksichtigt werden kĶnnten, lĤgen nicht vor. Der KlĤger legte hiergegen Widerspruch ein und erklĤrte, Kosten der Unterkunft wļrden nicht geltend gemacht, weil die Mietschulden vom Vermieter erlassen worden seien. Mit Schreiben vom 21. September 2015 teilte der Beklagte dem KlĤger mit, dass der Widerspruch aller Voraussicht nach zurļckgewiesen werde. Insoweit gehe es auch um Angaben zu einer mĶglichen eheĤhnlichen Gemeinschaft im Formular VE, die leistungserheblich seien. Der KlĤger erklĤrte hierzu, es habe keine Bedarfs-, sondern nur eine Wohngemeinschaft vorgelegen. Hierzu legte er die Anlage VE ohne Fragebogen vor, in der er zu den Grľnden, warum seines Erachtens keine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft mit K vorgelegen habe, auf eine â∏ErklĤrungâ∏ verwies, die indes nicht beigefľgt war.

Â

Mit Widerspruchsbescheid vom 14. Dezember 2015 wies der Beklagte den Widerspruch gegen den Versagungsbescheid mit der MaÄ gabe zur A½ck, dass Leistungen bis zur Nachholung der Mitwirkung versagt wļrden. Die geforderten Angaben zu einem Zusammenleben des KlĤgers mit K seien erforderlich. In seinen ErmessenserwĤgungen berļcksichtigte der Beklagte, dass es um existenzsichernde Leistungen gehe. Andererseits habe der KlĤger von Anfang an vorsĤtzlich falsche Angaben gemacht, um sein Zusammenleben mit K und deren Kind zu verschleiern. Hierzu habe er sogar einen falschen Mietvertrag vorgelegt. Zudem erweise sich mit dem Verzicht auf Leistungen der Unterkunft die Versagung als weniger belastend.

Â

Hiergegen hat der KlĤger am 18. Januar 2016 Klage erhoben. Hierzu hat er die ErklĤrung vom 3. November 2015 vorgelegt, die im Widerspruchsverfahren versehentlich nicht vorgelegt worden war, und in der er mitteilte, er und K (und ihr Kind) hĤtten in einer Wohngemeinschaft gelebt mit jeweils getrennten RĤumen mit Ausnahme der gemeinsam genutzten Küche. Gemeinsame Konten habe man nicht gehabt, EinkĤufe seien separat abgerechnet worden.

Â

Der Beklagte hat im Klageverfahren Zweifel daran geäuÃ□ert, dass der Kläger und K ohne Einkommen gewesen seien. Derzeit gehe er davon aus, dass der Kläger ab dem 1. Februar 2015 ein Gewerbe als Fotograf angemeldet habe. Das Gewerbe sei nicht abgemeldet worden, die Firmenadresse sei die Anschrift der Mutter von K. Im Fall der Aufhebung des Versagungsbescheides wären daher weitere Ermittlungen erforderlich.

Nach AnhĶrung der Beteiligten hat das Sozialgericht die auf GewĤhrung von Regelbedarfen im Zeitraum vom 1. April 2015 bis zum 14. Juli 2015 gerichtete Klage durch Gerichtsbescheid vom 10. Mai 2019 abgewiesen. SinngemäÃ∏ hat es ausgeführt, dass die Leistungsklage unzulässig sei. Denn bei einer Klage gegen einen Versagungsbescheid gehe es nicht um den materiellen Anspruch, sondern um die Auseinandersetzung A¹/₄ber Rechte und Pflichten der Beteiligten im Verwaltungsverfahren. Eine Leistungsklage komme daher nur in Betracht, wenn sich bei der blo̸en Aufhebung der Versagungsentscheidung das Verwaltungsverfahren lediglich wiederholen wÃ1/4rde oder die anderweitige KlÃxrung der Leistungsvoraussetzungen zwischen den Beteiligten unstreitig sei. Soweit es die Anfechtungsklage betreffe, sei diese unbegründet. Der Kläger sei seinen Mitwirkungspflichten auch im Widerspruchsverfahren nur unzureichend nachgekommen. Soweit er die Anlage VE eingereicht habe, habe die handschriftliche ErklĤrung vom 3. November 2015 gefehlt. Soweit diese nunmehr vorgelegt worden sei, kA¶nne dies bei der Beurteilung der Anfechtungsklage nicht berücksichtigt werden, weil insoweit die Verhältnisse zum Zeitpunkt der letzten Verwaltungsentscheidung entscheidend seien. Schlie̸lich lägen die Voraussetzungen einer Ermessensreduzierung auf Null hinsichtlich der vollstĤndigen Leistungsversagung vor, weil dem Beklagten anderweitige ErmittlungsmĶglichkeiten in Bezug auf eine mĶgliche Einstehens- und Verantwortungsgemeinschaft nicht zur Seite gestanden hÄxtten.

Â

Gegen den ihm am 13. Mai 2019 zugestellten Gerichtsbescheid hat der KlĤger am 13. Juni 2019 Berufung eingelegt. Er habe die Anlage VE im Widerspruchsverfahren vorgelegt und nur versehentlich seine handschriftliche Erklärung vom 3. November 2015 nicht beigefļgt. Nachgefragt habe der Beklagte insoweit nicht. Der Bescheid sei ermessensfehlerhaft, weil allenfalls ErwĤgungen zum â∏∏Obâ∏∏, nicht aber zum Umfang der Versagung vorlĤgen. Fakten für die formelhafte AbwĤgung wýrden nicht genannt. Die Mitwirkungspflichten seien im Widerspruchsverfahren nachgeholt oder hinfÄxllig geworden, allenfalls sei die Mitwirkung unvollstĤndig gewesen. Es sei auch nur noch um den Regelbedarf gegangen und insoweit auch nur um 10 Prozent. K habe Regelleistungen erhalten. Dass wegen der Angaben des KlĤgers auch zu den Unterkunftskosten eine sehr genaue Prüfung erforderlich und daher eine Versagung erfolgt sei, sei willkürlich. Insoweit werde offenbar ein Vorverhalten sanktioniert und nicht eine fehlende Mitwirkung. Zu berücksichtigen sei auch, dass mit dem fehlenden Bezug von Alg II auch ein fehlender Krankenversicherungsschutz einhergehe. Eine Leistungsklage sei hier zulässig, weil der Anspruch auf den Regelbedarf â∏∏ jedenfalls im Umfang von 90 Prozent â∏ zwischen den Beteiligten unstreitig gewesen sei.

Â

Nach Anhörung der Beteiligten hat der Senat die Berufung durch Beschluss vom 9.

Oktober 2019 gemÃ x Ã y x Ã y y Ã y 3 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) dem Berichterstatter x 4 bertragen.
Â
Der Kläger beantragt,
Â
den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 10. Mai 2019 und den Bescheid des Beklagten vom 18. August 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 14. Dezember 2015 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, dem Kl $\tilde{\text{A}}$ $^{\text{H}}$ ger Regelleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch in gesetzlicher H $\tilde{\text{A}}$ $^{\text{H}}$ he f $\tilde{\text{A}}$ $^{\text{H}}$ r den Zeitraum vom 1. April 2015 bis zum 14. Juli 2015 zu gew $\tilde{\text{A}}$ $^{\text{H}}$ nen,
Â
hilfsweise,
Â
die Leistungsakten des Beklagten f $\tilde{A}^{1}\!\!/_{4}$ r Frau M K f $\tilde{A}^{1}\!\!/_{4}$ r den streitigen Zeitraum hinsichtlich der dortigen Leistungsgew \tilde{A} 2 2 hrung und der dortigen Angaben zum Bestehen einer Bedarfsgemeinschaft beizuziehen.
Â
Der Beklagte beantragt schriftlich,
Â
die Berufung zurýckzuweisen.
Â
Er h $ ilde{A}$ ¤lt den angefochtenen Gerichtsbescheid f $ ilde{A}$ 1 ⁄ 4 r zutreffend.
Â
Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie der Verwaltungsakten des Beklagten Bezug genommen.Â
Â
Entscheidungsgründe

Der Senat konnte trotz des â angek 4 ndigten â nd Ausbleibens eines Vertreters des Beklagten gem x 124 Abs. 1, 126 SGG verhandeln und aufgrund m 4 ndlicher Verhandlung entscheiden, denn die Beteiligten sind mit der ihnen ordnungsgem Ä x à zugestellten Terminsmitteilung auf diese M A glichkeit hingewiesen worden.

Â

Die zulässige Berufung ist teilweise begründet. Der angefochtene Gerichtsbescheid ist nur zum Teil zutreffend. Die Klage ist teilweise unzulässig, im Ã□brigen aber zulässig und begründet. Der Bescheid des Beklagten vom 18. August 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 14. Dezember 2015 ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten.

Â

Zulässig ist die reine Anfechtungsklage gegen den angefochtenen Versagungsbescheid. Sie ist auch begründet. Dabei ist die RechtmäÃ \square igkeit eines auf § 66 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) gestützten Versagungsbescheides allein danach zu beurteilen, ob die in dieser Vorschrift geregelten Voraussetzungen bei seinem Erlass erfüllt waren; ein erst durch eine während des Rechtsmittelverfahrens nachgeholte Mitwirkung erbrachter Nachweis der Anspruchsvoraussetzungen des geltend gemachten Sozialleistungsanspruchs ist für die Entscheidung über ein Rechtsmittel gegen einen Versagungsbescheid nach § 66 SGB I unerheblich (vgl. nur Bundesverwaltungsgericht , Urteil vom 17. Januar 1985 â \square 5 C 133/81 â \square juris).

Â

GemäÃ∏ § 66 Abs. 1 Satz 1 SGB I kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, wenn derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhäIt, seinen Mitwirkungspflichten nach den §Â§ 60 bis 62, 65 SGB I nicht nachkommt, hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert wird und die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. Soweit die Leistungsvoraussetzungen teilweise nachgewiesen sind, ist nur eine teilweise Versagung möglich. Nach § 66 Abs. 3 SGB I dù¼rfen Sozialleistungen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist. Die fragliche Mitwirkungspflicht darf nicht unzumutbar sein im Sinn von § 65 SGB I.

Â

Die tatbestandlichen Voraussetzungen f $\tilde{A}^{1/4}$ r eine Leistungsversagung lagen hier zwar grunds \tilde{A} xtzlich vor. Wer Sozialleistungen beantragt, hat alle Tatsachen anzugeben, die f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Leistung erheblich sind ($\frac{\hat{A}}{\hat{S}}$ 60 Abs. 1 Nr. 1 SGB I).

Notwendig sind bei einem Antrag auf Alg II auch Angaben zu einem Zusammenleben mit anderen Personen, die die Beurteilung ermĶglichen, ob eine Bedarfsgemeinschaft oder (nur) eine Wohngemeinschaft vorliegt. Dabei gehĶren zu einer Bedarfsgemeinschaft auch Partner einer eheĤhnlichen Gemeinschaft im Sinne des § 7 Abs. 3 Nr. 3, Abs. 3a SGB II. Dies ist fÂ¹/₄r die Höhe des Regelbedarfes entscheidend, weil Partner einer Bedarfsgemeinschaft nach § 20 Abs. 4 SGB II nur 90 Prozent des Alleinstehendenregelbedarfs nach § 20 Abs. 2 Satz 1 SGB II erhalten. Zudem sind gemäÃ∏ § 9 Abs. 2 Satz 1 SGB II bei Personen, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, auch das Einkommen und VermĶgen des Partners zu berücksichtigen. AuÃ∏er Betracht können vorliegend dagegen bei nicht mehr geltend gemachten Leistungen fÃ1/4r Unterkunft und Heizung die leistungsrechtlichen Auswirkungen auf selbige bleiben. Der KlĤger hat seiner Mitwirkungsobliegenheit nicht genügt, weil er auf dem entsprechenden Formular VE lediglich Angaben gemacht hat, die dem Beklagten bereits bekannt gewesen sind, nÃxmlich seinen Namen, sein Geburtsdatum und seine BG-Nummer. Hinsichtlich mĶglicher Gründe, die gegen eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft sprechen, hat er auf eine â∏Erklärungâ∏ verwiesen, die dem Formular indes nicht beigefļgt gewesen ist. Ungeachtet dessen, ob man für entsprechende Angaben Formulare des Beklagten nutzen muss (vgl. § 60 Abs. 2 SGB I), fehlt es damit jedenfalls insgesamt an Angaben des KIägers, die die Beurteilung ermĶglichten, ob eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft mit K und deren Kind bestand oder nicht. Die fernmündlichen Erklärungen des KIägers in einem Telefonat vom 21. Juli 2015 reichten jedenfalls zur KIärung nicht aus, zumal ausweislich des aktenkundigen GesprĤchsvermerks zahlreiche Fragen offen geblieben sind. Ungeachtet der rechtlichen Bedeutung dieses Einwandes vermag der Senat auch nicht zu erkennen, dass der Kläger â∏ wie von seinem ProzessbevollmĤchtigten im Termin zur mýndlichen Verhandlung vor dem Senat nochmals hervorgehoben â∏∏ durch Einreichung des Formulars VE im Widerspruchsverfahren mitgewirkt hat und insoweit der Widerspruchsbescheid eine neue Entscheidung enthÄxlt, wonach diese Mitwirkung nicht ausreicht. Denn das eingereichte Formular enthÃxIt â∏∏ wie bereits skizziert â∏∏ überhaupt keine Angaben zu der hier aufgeworfenen Frage einer Bedarfsgemeinschaft des KlĤgers mit K und deren Kind.

Â

Der Beklagte musste den KlĤger auch nicht nochmals um VervollstĤndigung seiner Angaben bitten. Dabei ist zu berĽcksichtigen, dass der KlĤger bereits auf das Mitwirkungsschreiben vom 21. Juli 2015 nicht reagiert hatte. Seine Ausfľhrungen im Widerspruchsverfahren etwa mit Schriftsatz vom 17. September 2015 konnten durchaus so verstanden werden, dass er seine Angaben generell nicht fľr ergĤnzungsbedľrftig hielt. Sein Hinweis mit Schriftsatz vom 15. Oktober 2015, der Vortrag werde noch ergĤnzt, bezog sich allein auf Vorbringen zu Ermessensfehlern des Beklagten. Auch vor diesem Hintergrund konnte der Hinweis des KlĤgers im Formular VE auf eine â∏ErklĤrungâ∏ auch so verstanden werden, dass er den Vortrag seines ProzessbevollmĤchtigten im Schriftsatz vom 13. November 2015 in Bezug nahm, es habe weder eine Lebens- noch eine Wirtschaftsgemeinschaft bestanden. Der KlĤger ist in dem Aufforderungsschreiben

zur Mitwirkung vom 21. Juli 2015 auch hinreichend $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber die m \tilde{A} ¶glichen Rechtsfolgen einer weiterhin unzureichenden Mitwirkung belehrt worden.

Â

Â

Die Versagung ist hier aber ermessensfehlerhaft verfļgt worden. Die Entscheidung ýber eine Versagung nach <u>§ 66 Abs. 1 SGB I</u> steht im Ermessen des LeistungstrĤgers. GemĤÄ∏ <u>§ 54 Abs. 2 Satz 2 SGG</u> dürfen die Gerichte nur prÃ1/4fen, ob die Verwaltung die gesetzlichen Grenzen des Ermessens überschritten oder von dem Ermessen in einer dem Zweck der Ermächtigung nicht entsprechenden Weise Gebrauch gemacht hat, ob sie also die ihr durch das Verwaltungsverfahrensrecht (vgl. <u>§ 39 Abs. 1 Satz 1 SGB I</u>) auferlegte Verhaltenspflicht beachtet haben, ihr Ermessen entsprechend dem Zweck der ErmÃxchtigung auszuüben und die gesetzlichen Grenzen des Ermessens einzuhalten. Fehler in der Ermessensausübung sind Ermessensnichtgebrauch, Ermessensýberschreitung, Ermessensunterschreitung/Ermessensmangel und schlieà lich Ermessensfehlgebrauch/Ermessensmissbrauch (vgl. Landessozialgericht Bayern, Urteil vom 6. Mai 2021 â∏∏ L 16 AS 652/20 â∏∏ juris). Ermessensnichtgebrauch liegt vor, wenn überhaupt keine ErmessenserwĤgungen angestellt werden und so gehandelt wird, als ob eine gebundene Entscheidung zu treffen ist. Bei einer Ermessensļberschreitung wird eine Rechtsfolge gesetzt, die in der gesetzlichen Regelung nicht vorgesehen ist. Ermessensmissbrauch liegt vor, wenn ein unsachliches Motiv oder ein sachfremder Zweck verfolgt wird. Ermessensfehlgebrauch liegt als AbwAxgungsdefizit vor, wenn nicht alle Ermessensgesichtspunkte, die nach Lage des Falles zu berļcksichtigen sind, in die Entscheidungsfindung einflie̸en. Der Fehlgebrauch kann auch als Abwägungsdisproportionalität vorliegen, wenn die Behörde die abzuwägenden Gesichtspunkte rechtlich fehlerhaft gewichtet hat. Des Weiteren kann ein Fehlgebrauch erfolgt sein, wenn die BehĶrde ihrer ErmessensbetĤtigung einen unrichtigen oder unvollständigen Sachverhalt zugrunde gelegt hat. SchlieÃ∏lich

liegt eine Ermessensunterschreitung oder ein Ermessensmangel vor, wenn zwar Ermessenserw \tilde{A} 1 4 hrt werden, diese aber unzureichend sind, weil sie zum Beispiel nur aus formelhaften Wendungen bestehen (vgl. Bundessozialgericht , Urteil vom 9. November 2010 $\hat{a} \equiv 8 \times 10^{10} \, \text{M} \, \text{M} \, \text{M}$

Â

Ermessensnichtgebrauch liegt hier zum Umfang der Versagung vor (vgl. LSG Hamburg, Urteil vom 17. Januar 2020 â∏∏ <u>L 4 AS 269/18</u> â∏∏ juris). Der Beklagte hat Leistungen ganz versagt, ohne dies zu begrýnden oder eine teilweise Versagung in Betracht zu ziehen. ErmessenserwĤgungen zum Umfang der Versagung werden nicht angefļhrt. Dabei hĤtte dies hier in besonderer Weise nahe gelegen. Denn nach Lage der Akten spricht nichts dafÄ¹/₄r, dass der Beklagte annehmen durfte oder angenommen hat, K oder ihr Kind hÃxtten über Einkommen oder Vermögen verfügt, dass einem Leistungsanspruch des Klägers entgegen stand. Einem aktenkundigen Auftragsprotokoll vom 24. Juli 2015 ist in Bezug auf K und ihr Kind eine BG-Nummer zu entnehmen, was den Vortrag des KlAzgers stA¼tzt, K und ihr Kind hÃxtten Leistungen bezogen. Insoweit war es vielleicht nicht zwingend, hÃxtte aber nahe gelegen, dem Kläger Leistungen ausgehend vom â∏Partner-Regelbedarfâ∏ gemäÃ∏ <u>§ 20 Abs. 4 SGB II</u> zu gewähren. Jedenfalls hätte diese Möglichkeit in die Ermessenserwägungen eingestellt werden mýssen. Eine nur teilweise Aufhebung des Versagungsbescheides im Sinne einer Art geltungserhaltenden Reduktion des Verfügungssatzes dergestalt, als eine Versagung der Regelleistung jedenfalls im Umfang von 10 Prozent erhalten bleibt, war dem Senat nicht mĶglich. Denn es ist dem Senat verwehrt, anstelle des Beklagten eine eigene Ermessensentscheidung über das â∏Obâ∏ und den Umfang der Versagung zu treffen. Das Gericht darf also bei der Ermessensüberprüfung nicht sein eigenes Ermessen an die Stelle des Verwaltungsermessens setzen (vgl. Keller in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, Sozialgerichtsgesetz, 13. Auflage 2020, § 54, Rn. 28).

Â

Ein Fall der Ermessensreduzierung auf Null liegt hier entgegen der EinschĤtzung des Sozialgerichts nicht vor. Selbst wenn es zutrĤfe, in Bezug auf eine mĶgliche Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft des KlĤgers und K habe es keine anderen ErmittlungsmĶglichkeiten als die geforderten MitwirkungsmaÄ∏nahmen gegeben (was ist mit einer Befragung der K?), kĶnnte sich dieser Gesichtspunkt nicht auf die Frage auswirken, ob anstelle einer vollstĤndigen eine teilweise Versagung von Leistungen in Betracht kommt. Â

Â

Die Leistungsklage ist bereits unzul \tilde{A} xssig, die zul \tilde{A} xssige Berufung insoweit unbegr \tilde{A} 1/4ndet. Wendet sich der B \tilde{A} 1/4rger gegen die Versagung einer Sozialleistung mangels Mitwirkung, so hat er \tilde{A} 1/4ber die Aufhebung des Versagungsbescheides hinaus regelm \tilde{A} x \tilde{A} 1 ig kein sch \tilde{A} 1/4tzenswertes Interesse an einer gerichtlichen

Entscheidung (vgl. BSG, Urteil vom 1. Juli 2009 â∏∏ B 4 AS 78/08 R â∏∏ juris). Streitgegenstand eines solchen Rechtsstreits ist nicht der materielle Anspruch, sondern die Auseinandersetzung über Rechte und Pflichten der Beteiligten im Verwaltungsverfahren. Die Verpflichtung der BehĶrde zur nochmaligen Entscheidung ergibt sich bei der Aufhebung des Versagungsbescheides von selbst. Die von der Rechtsprechung entwickelten Voraussetzungen fA¹/₄r eine Ausnahme von dem Grundsatz, dass lediglich die isolierte Anfechtung des Versagungsbescheides statthaft ist, liegen nicht vor. Fýr diese Rechtsprechung werden Gründe der Prozessökonomie und des effektiven Rechtsschutzes angeführt. Eine zusÃxtzliche Klage auf LeistungsgewÃxhrung ist danach zulÄxssig, wenn die anderweitige KlÄxrung der Leistungsvoraussetzungen zwischen den Beteiligten unstreitig ist oder vom KlÄger behauptet wird. Eine derartige Situation liegt hier schon deshalb nicht vor, weil der Beklagte mittlerweile die Erzielung von Einkommen aus selbstĤndiger TĤtigkeit durch den KlĤger in den Raum gestellt hat, das dem Anspruch auf Alg II im streitigen Zeitraum möglicherweise ganz oder teilweise entgegen steht. Der Umstand, dass dieser Gesichtspunkt bis zum Abschluss des hier vorliegenden Verwaltungsverfahrens keine Rolle spielte, spricht nicht gegen dessen BerÃ1/4cksichtigung im Rahmen der Beurteilung der Zulässigkeit der Leistungsklage, weil maÃ∏geblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage für die Leistungsklage der Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung der Tatsacheninstanz ist (vgl. Keller in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, Sozialgerichtsgesetz, 13. Auflage 2020, § 54, Rn. 34). Soweit der KlAzger behauptet, der Anspruch auf 90 Prozent des Regelbedarfs sei unstreitig, folgt daraus nicht die ZulÄxssigkeit der Klage, weil damit nicht die Behauptung verbunden ist, der Nichtbezug von Einkommen sei anderweitig geklĤrt. Dass der KlĤger behauptet, er habe im streitigen Zeitraum kein Einkommen erzielt, ist damit nicht zu verwechseln (vgl. LSG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 6. November 2008 â∏ <u>L 5 AS 112/07</u> â∏ juris). Auch der Fall, dass sich bei einer Aufhebung der Entscheidung über die Versagung wegen fehlender Mitwirkung nach § 66 SGB I das bisherige Verwaltungsverfahren lediglich wiederholen würde und im Ergebnis der Beklagte die Leistung in der Sache voraussichtlich mit der gleichen Begründung ablehnen würde, liegt aus dem genannten Grund nicht vor, weil der Beklagte ausgehend von seinem Rechtsstandpunkt Ermittlungen zu Einkommen des KlĤgers anstellen würde.

Â

Dem hilfsweise gestellten Beweisantrag des Klägers war nicht nachzukommen. Denn in Bezug auf die reine Anfechtungsklage hat er obsiegt und in Bezug auf die Leistungsklage kann sich deren Zulässigkeit aus den Leistungsakten der K nicht ergeben.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Â

Die Revision war nicht zuzulassen, weil ein Grund hierf \tilde{A}^{1}_{4} r gem $\tilde{A} \cong \tilde{A} \cong \tilde{A$

Â

Erstellt am: 16.05.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024